

Kampf dem Flug-, Bahn- und Straßenlärm

Demo 4500 Menschen aus der Rhein-Main-Region und dem Rheintal gingen am Samstag für mehr Ruhe auf die Straße

Von unserem Mitarbeiter
Martin Armbruster

□ **Mainz.** Trotz Regen und Kälte haben am Samstag in Mainz Tausende Menschen aus der Rhein-Main-Region und dem Rheintal gegen Flug- und Bahnlärm demonstriert. Nach Angaben der Polizei nahmen rund 4500 Demonstranten an einem Protestmarsch von der Fort-Malakoff-Terrasse zum Hauptbahnhof teil, wo im Anschluss die Vertreter mehrerer Bürgerinitiativen sprachen. Sie forderten klare gesetzliche Lärmschutzregelungen und das Recht auf einen ruhigen Schlaf. Zu der Demo aufgerufen hatte das Aktionsbündnis Verkehrslärm, das den Protest gegen Flug-, Bahn- und Straßenlärm verzahnen und koordinieren will.

Oberbürgermeister Michael Ebling (SPD) dankte den Lärmgegnern, dass diese nicht locker ließen und immer wieder „den Finger in die Wunde legen“. Ebling betonte, „dass wir in unserer Stadt wahrnehmen, dass Wirtschaft und Wachstum über die Interessen der Menschen gestellt werden“. Es müsse in Mainz und darüber hinaus grundsätzlich leiser werden, um „unsere schöne und lebenswerte Region zu schützen“.

Birgit von Stern, Sprecherin des Bündnisses der Bürgerinitiativen (BBI) gegen die Flughafenerweite-

rung in Frankfurt, griff die Politik scharf an: „Viele der verantwortlichen Politiker erliegen den Einflüsterungen der Verkehrslobbyisten“. Dabei habe die Politik beim Thema Verkehrslärm eine „Fürsorgepflicht“ gegenüber den Bürgern. „Gesundheit und Leben gehen vor Wachstum und Profit“, rief

von Stern. Ingrid Kopp vom BBI wies darauf hin, dass viele Mitglieder der Initiativen ob des Fluglärms zunehmend „verzweifelt sind“. „Wenn Kinderärzte sieben- und achtjährigen Kindern Schlaf-tabletten zur Beruhigung verschreiben, dann ist der Skandal nicht mehr zu überbieten“.

Umso wichtiger sei es daher, im Bundestagswahljahr den Druck auf die Politiker zu erhöhen, endlich entschlossen gegen Verkehrslärm vorzugehen. „Es ist wichtig, dass Bahn- und Fluglärmgegner sich zusammenschließen, um den vom Lärm Geplagten eine Lobby zu geben“, betonte Kopp.

Die Gefahren des Güterverkehrs auf der Schiene, betonte indes Emil Hädler, Vorstand des Werkbundes Rheinland-Pfalz und Professor für Architektur an der FH Mainz. Mit dem Ausbau des Bahnkorridors zwischen Rotterdam und Genua werde der Güterverkehr in Mainz deutlich zunehmen. „Wir sind das Hinterland für diesen gewaltigen Infrastrukturausbau Europas“, so Hädler. Dem Bahnkonten Mainz-Wiesbaden als letzter Rheinquerung vor dem Weltkulturerbe Mittelrheintal komme dabei eine „Schlüsselrolle für die Schleusung des Verkehrs“ zu. Hädler warnte, dass sich viele Mainzer „in ein paar Jahren überraschend die Augen reiben werden“, wenn der Güterverkehr nachts verstärkt durch ihre Stadtrolle. Entgegen den Versprechen der Bahn würden die Züge bis dahin auch nicht mit leisen Bremsen umgerüstet. „Die Rheinschiene braucht daher ein Nachtfahrverbot“, forderte Hädler. Dem FH-Professor zufolge habe OB Ebling nun zumindest signalisiert, bei dem Thema eine Zusammenarbeit zwischen Mainz und Wiesbaden anzuschließen. Hädler kritisierte, dass die rot-grüne Landesregierung sich bei dem Thema nahezu komplett an den Interessen und Vorschlägen der Bahn orientiere, ohne alternative Vorschläge für den Ausbau des Nord-Süd-Korridors zu prüfen.